

# EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004



2009

---

*Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr*

**2008/2062(INI)**

1.7.2008

## **STELLUNGNAHME**

des Ausschusses für Verkehr und Fremdenverkehr

für den Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten

über die Anwendung der Sozialvorschriften im Straßenverkehr  
(2008/2062(INI))

Verfasser der Stellungnahme: Helmuth Markov

PA\_NonLeg

## VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr ersucht den federführenden Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

- A. in der Erwägung, dass eine Reihe von Mitgliedstaaten die gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 3820/85 des Rates vom 20. Dezember 1985 über die Harmonisierung bestimmter Sozialvorschriften im Straßenverkehr<sup>1</sup> vorzulegenden Informationen zur Kontroll- und Durchsetzungstätigkeit im Zeitraum 2003-2004 nicht fristgemäß übermittelt haben, so dass der Bericht der Kommission zur Durchführung dieser Verordnung im genannten Zeitraum (KOM(2007)0622) mit eineinhalbjähriger Verzögerung vorgelegt wurde,
- B. in der Erwägung, dass der nächste Zweijahresbericht erstmals Angaben zur Umsetzung der Richtlinie 2002/15/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2002 zur Regelung der Arbeitszeit von Personen, die Fahrtätigkeiten im Bereich des Straßentransports ausüben<sup>2</sup>, enthalten muss,
- C. in der Erwägung, dass fünf Mitgliedstaaten (Belgien, Deutschland, Frankreich, Luxemburg und Österreich) im Zeitraum 2003–2004 die Zahl der kontrollierten Arbeitstage erhöht haben, während die übrigen Mitgliedstaaten eine Verringerung der überprüften Arbeitstage verzeichnen, wobei Portugal und Schweden unter der vorgeschriebenen Mindestquote lagen,
- D. in der Erwägung, dass die durchschnittliche Zahl der festgestellten Zuwiderhandlungen stabil blieb, jedoch die Gesamtzahl der protokollierten Verstöße in einer Reihe von Mitgliedstaaten erheblich angestiegen ist, wobei die Verstöße gegen Unterbrechungen und Ruhezeiten zugenommen haben, während die Verstöße bei den Lenkzeiten zurückgingen,
  1. bedauert die immer noch sehr unterschiedliche Anwendung und Durchsetzung der Verordnung (EWG) Nr. 3820/85; stellt fest, dass die Mitgliedstaaten verstärkte Anstrengungen unternehmen müssen, um eine effiziente und harmonisierte Umsetzung der verbesserten Sozialvorschriften zu gewährleisten;
  2. ist besorgt über die konstant hohe Durchschnittszahl der Zuwiderhandlungen gerade auch im Personentransport und erwartet von den Mitgliedstaaten eine bessere Durchsetzung der Vorschriften; fordert die Mitgliedstaaten auf, vermehrt gemeinsame Initiativen zur Förderung des Austauschs von Informationen und Personal sowie abgestimmte Kontrollen durchzuführen;
  3. fordert die Kommission auf zu prüfen, welche Verkehrskontrollen in jedem Mitgliedstaat durchgeführt werden, und dem Parlament einen Bericht darüber vorzulegen; fordert die Kommission auf, im Falle von Kontrollverfahren, die den freien Güter- oder Personenverkehr einschränken, die bestehenden Rechtsvorschriften zu überprüfen und deren Änderung vorzuschlagen, um ein einheitliches System von

---

<sup>1</sup> ABl. L 370 vom 31.12.1985, S. 1.

<sup>2</sup> ABl. L 80 vom 23.3.2002, S. 35.

Straßenverkehrskontrollen zu gewährleisten;

4. fordert die Mitgliedstaaten und die Kommission auf, die Informationen und darauf aufbauenden Durchführungsberichte rascher vorzulegen, damit anhand der Analyse der Umsetzung potentiell erforderlich werdende rechtliche Korrekturen ohne weitere Verzögerungen angegangen werden können;
5. fühlt sich angesichts dieser Zahlen nochmals darin bestätigt, dass es dringend gesetzlichen Anpassungsbedarf gibt; zeigt sich angesichts der im Mai 2006 in Kraft getretenen Richtlinie 2006/22/EG<sup>1</sup> und der im April 2007 in Kraft getretenen Verordnung (EG) Nr. 561/2006<sup>2</sup> deswegen zuversichtlich, dass es zu einer strengeren und einheitlichen Durchsetzung der Vorschriften kommen wird;
6. fordert die Kommission auf, im Rahmen des Ausschussverfahrens nach der Verordnung (EG) Nr. 561/2006 bis Oktober 2008 Leitlinien für eine einheitliche Definition und Klassifikation von Verstößen vorzulegen;
7. beanstandet die schleppende Um- und Durchsetzung der Richtlinie 2002/15/EG, die bis zum 23. März 2005 in einzelstaatliches Recht umgesetzt werden musste; fordert, dass die temporäre Ausnahme für die Selbstständigen wie geplant ab 2009 aufgehoben wird und dass die maximale Arbeitszeit im Zweiwochenzeitraum 100 Stunden beträgt.
8. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, um die für eine Entwicklung der Straßenverkehrsinfrastruktur notwendigen Investitionen sicherzustellen; erachtet in diesem Zusammenhang den Bau sicherer Parkmöglichkeiten als vorrangig;
9. drängt die Kommission, Verwaltungsaufgaben auf ihre Effizienz und Vereinfachung hin zu überprüfen;
10. fordert die Kommission auf, insgesamt Maßnahmen zu ergreifen, um die Umsetzung und Kontrolle einzufordern.

---

<sup>1</sup> Richtlinie 2006/22/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2006 über Mindestbedingungen für die Durchführung der Verordnungen (EWG) Nr. 3820/85 und (EWG) Nr. 3821/85 des Rates über Sozialvorschriften für Tätigkeiten im Kraftverkehr (ABl. L 102 vom 11.4.2006, S. 35).

<sup>2</sup> Verordnung (EWG) Nr. 561/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. März 2006 zur Harmonisierung bestimmter Sozialvorschriften im Straßenverkehr (ABl. L 102 vom 11.4.2006, S. 1).

## ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

<b>Datum der Annahme</b>	24.6.2008
<b>Ergebnis der Schlussabstimmung</b>	+:            39 -:            2 0:            0
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder</b>	Inés Ayala Sender, Etelka Barsi-Pataky, Paolo Costa, Michael Cramer, Luis de Grandes Pascual, Arūnas Degutis, Christine De Veyrac, Petr Duchoň, Saïd El Khadraoui, Robert Evans, Francesco Ferrari, Brigitte Fouré, Mathieu Grosch, Georg Jarzembowski, Timothy Kirkhope, Dieter-Lebrecht Koch, Jaromír Kohlíček, Bogusław Liberadzki, Eva Lichtenberger, Seán Ó Neachtain, Josu Ortuondo Larrea, Paweł Bartłomiej Piskorski, Reinhard Rack, Brian Simpson, Renate Sommer, Dirk Sterckx, Silvia-Adriana Țicău, Yannick Vaugrenard
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)</b>	Margrete Auken, Philip Bradbourn, Lily Jacobs, Elisabeth Jeggle, Maria Eleni Koppa, Helmuth Markov, Rosa Miguélez Ramos, Vural Öger, Marie Panayotopoulos-Cassiotou
<b>Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellv. (Art. 178 Abs. 2)</b>	Ioannis Gklavakis, Helmut Kuhne, Maria Petre, Eoin Ryan